



Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 28. November 2007

Vorlagen-Nr. 07-F-01-0083

***Ferienprogramm der Landeshauptstadt Wiesbaden
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 28.08.2007-***

Nachdem dank des neuen Reservierungsverfahrens (Telefon) die Kartenausgabe offenbar reibungslos ablief, die vom Sozialausschuss geforderte und vom zuständigen Dezernat umgesetzte Optimierung also binnen kürzester Zeit erfolgreich Wirkung gezeigt hat, sollte auch über das Ferienprogramm an sich Bilanz gezogen werden. Schließlich gehört dieses Programm zu den nachgefragtesten und beliebtesten Angeboten der Landeshauptstadt Wiesbaden. Es handelt sich um Angebote für Kinder fast aller Altersgruppen und Kinder von Eltern aller Einkommensstufen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Auswertung des Ferienprogramms vorzulegen. In dieser Auswertung sollten folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie viele Kinder haben in den Sommerferien an den Angeboten des Ferienprogramms teilgenommen? Wie viele Stunden wurden sie betreut?
- Wurde mit Unternehmen bzw. anderen Institutionen zusammengearbeitet und ist geplant, diese Zusammenarbeit auszubauen?
- Welche Angebote waren besonders nachgefragt und welche weniger?
- Welche Teilnehmerzahlen (stärkere oder geringere Nachfrage) werden für die kommenden Jahre prognostiziert?
- Welche Angebote sollen ausgeweitet bzw. reduziert werden? Ist hierfür eine Erhöhung der städtischen Mittel notwendig?

Beschluss Nr. 0217

1. Die Ausführungen von Herrn Stadtrat Goßmann werden zur Kenntnis genommen, wonach ein schriftlicher Bericht an den Ausschuss unterwegs ist.
2. Es ist eine erneute Beratung am 23.1.2008 vorgesehen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2007

Diers
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2007

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister